

Universität Tübingen
Institut für Soziologie
HS: „Globalisierung“, SoSe 1999
Dozent: Prof. John P. Neelsen
Referent: Richard Joos

Strategien der Global Players

Referatsausarbeitung

0. EINLEITUNG	2
1. DIREKTINVESTITIONEN	3
1.1. AUSMAß VON DIREKTINVESTITIONEN	3
1.2. MOTIVE UND STRATEGIEN	5
2. VERFLECHTUNGEN UND KOOPERATIONEN TRANSNATIONALER KONZERNE	7
2.1. KOOPERATIONEN/STRATEGISCHE ALLIANZEN UND FUSIONEN	7
2.2. WECHSELSEITIGE BETEILIGUNGEN.....	9
3. WELTMARKT UND DER MYTHOS GLOBALISIERUNG	10
3.1. DIE ENTMACHTUNG DER NATIONALSTAATEN	11
3.2. DIE LEGITIMATION WIRTSCHAFTLICHER MACHT	13
3.3. „RACE TO THE BOTTOM“	15
3.3.1. <i>Race to the Bottom bei den Arbeitnehmern</i>	15
3.3.2. <i>Race to the bottom bei nationalen Regulierungsmöglichkeiten</i>	18
4. GEGENSTRATEGIEN	20
4.1. SEITENS DER NATIONALSTAATEN.....	20
4.2. SEITENS NGO'S / SEITENS DER „BASIS“	23
5. SCHLÜßBETRACHTUNG	24
6. QUELLEN UND LITERATUR:	26

Strategien der Global Players

0. Einleitung

Die Verflechtung der Weltökonomie hat am Ende des vielbeschworenen Millenniums eine neue Qualität erreicht. Die explosionsartige Entwicklung der neuen IuK-Technologien, die Beweglichkeit des Kapitals und nicht zuletzt seine hohe Konzentration schaffen ein Szenario, welches in dieser Form bislang einzigartig ist. War auch schon in den 20er und 30er Jahren dieses Jahrhunderts das Volumen der Handelsbeziehungen zwischen den Staaten auf ein ähnliches Niveau angestiegen, so stellt heute die Öffnung der Grenzen für Kapitalanlagen und Produktionsmittel zusammen mit dem beschleunigten Daten- und Warentransport die Akteure der Weltwirtschaft vor eine völlig neue Realität. Seit dem Zusammenbruch der Ostblockstaaten kann man tatsächlich von real existierenden Weltmärkten reden, die über reine Rohstoffmärkte und Märkte für wenige Massenwaren hinausgehen, auf denen global (und globale) Produzenten konkurrieren (und kooperieren).

In dieser Arbeit sollen die Strategien der „global players“, der weltweit agierenden Konzerne, erörtert werden. Angesichts des Übergangs von Exportwirtschaft zur globalen Produktion soll als einführendes Phänomen der Anstieg, die Ziele und die Folgen der von den Multis getätigten Direktinvestitionen beschrieben werden. Vitale Interessen der Konzerne wie die Gewinnmaximierung, die als oberstes Ziel durch den Siegeszug des Shareholder-Kapitalismus eine alles andere verdrängende Bedeutung bekommen hat, werden beschrieben und in Gegensatz zu den Interessen der gegen die Konzernmacht zunehmend ins Hintertreffen geratenden Nationalstaaten gestellt. Tatsächlich lassen sich die Konzernstrategien nicht mehr verstehen, ohne gleichzeitig eine Analyse der gegenwirkenden Interessen vorzunehmen, da die Positionen zunehmend gegenläufig werden und die Verwirklichung von Konzernzielen in immer weiter sinkendem Maße allen Beteiligten nur Vorteile bringt, sondern mehr und mehr gegen Interessensgruppen durchgesetzt werden müssen und können. Dieses Phänomen ist seit dem Frühkapitalismus bekannt, nur stellt es heute die Gesellschaft vor Probleme einer neuen Qualität: die Nationalstaaten - als typische Gruppe von Akteuren in der Moderne - verlieren an Steuerungsmacht, weiterhin sind die Folgen der Entwicklung inzwischen von globaler Relevanz. Wenn es auch zynisch klingt, so macht es dennoch einen Unterschied, ob durch einen entfesselten Kapitalismus die arbei-

tende Klasse einer Nation zuzüglich der eventuell vorhandenen Kolonien ins Elend gestürzt wird, oder ob der Entwicklung das Potential innewohnt, das Leben und die Gesundheit großer Teile der Weltbevölkerung in Mitleidenschaft zu ziehen.

Dessen ungeachtet verlaufen die Argumentationen der Konzernvertreter immer noch entlang rein marktwirtschaftlich diktiertem „Prinzipien“. Dementsprechend werden weitere Rationalisierungen, Handelserleichterungen und alle Möglichkeiten schlanker, optimierter Produktion eingefordert und umgesetzt. Diese sollen in ihrer Form, ihren möglichen Folgen, der jetzt schon sichtbaren Auswirkungen und der daraus resultierenden Beschränkung der Handlungsmöglichkeiten anderer Akteure (Arbeitnehmerorganisationen, Nationalstaaten, NGO's) analysiert werden.

Eine Wertfreiheit in Weberschem Sinne kann in dieser Arbeit nicht gewährleistet werden. Es käme mir zynisch vor, Sachverhalte, welche sich angesichts der daraus resultierenden Risikolagen für die gesamte Weltgesellschaft nicht mehr aus einer unbeteiligten Beobachtungsebene betrachten lassen, rein deskriptiv zu beschreiben. Ebenso zeigt sich, daß diejenigen, die eine unkritische Position bezüglich der aktuell ablaufenden Prozesse beziehen, oft genug zu Mitträgern derselben werden. Den Sinn einer soziologischen Analyse der Globalisierungsprozesse sehe ich jedoch auf keinen Fall in dem einer neutralen Betrachtung historischer Prozesse, die dazu dienen könnte, den Status quo zu stützen. Daher soll der Schlußteil der Arbeit noch mögliche Gegenstrategien und Kräfte analysieren, welche der aktuellen Entwicklung entgegenwirken könnten.

Die momentan ablaufenden Prozesse der Deregulierung, ihre Folgen und demgegenüber ihre Begründungen sind in vielen Fällen schlicht nur noch paradox zu nennen. Wenn diese Arbeit einige der Widersprüchlichkeiten typischer Phänomene des Spätkapitalismus deutlich machen kann, hat sie ihren Zweck erfüllt.

1. Direktinvestitionen

1.1. Ausmaß von Direktinvestitionen

Die gängige Praxis der Nachkriegszeit, eine exportorientierte Ökonomie zu betreiben, hat sich im Zeitalter des Welthandels und der freien Bewegung der Kapitalströme in eine Praxis der Direktinvestitionen verwandelt. Es ist günstiger, lokale Vorteile bei der

Produktion auszunutzen - so Rohstoffnähe für die Fertigung von Basiserzeugnissen, Kunden- und Marktnähe bei der Endfertigung, Niedriglohnländer für arbeitsintensive Produktionsschritte, die wenig Qualifikation erfordern, FuE in hochentwickelten Industriestaaten, die entsprechende Infrastruktur, Qualität der Ausbildung und Kommunikations- und Forschungseinrichtungen bieten, ggf. auch noch (z.T. kostenlose) Kooperation mit Hochschulen, staatliche Förderung etc. All das führt dazu, daß die Produktherstellung ein zunehmend globalisierter Prozeß wird – oder werden muß, wenn die Position am Weltmarkt behauptet werden soll – und dementsprechend Produktionsanlagen über den Globus verteilt werden. Dies geschieht zunehmend mittels Direktinvestitionen in die jeweiligen Standorte.

Die Dynamik dieses Prozesses wird deutlich, wenn man ihn mit den bisherigen Maßzahlen einer Ökonomie vergleicht: so stieg der Anteil der Umsätze durch ausländische Direktinvestitionen am deutschen BIP von 1,7% in den Achzigern bis 1995 auf 6,3%¹, der Umfang der Direktinvestitionen hat sich in den letzten 25 Jahren um das 25fache gesteigert, der Warenhandel dagegen im selben Zeitraum „nur“ versechzehnfacht.² Beispielsweise in Frankreich stellen ausländische Unternehmen inzwischen 30% der Investitionen und erhalten 25% der Arbeitsplätze.³

Dabei bleiben die Großkapitale klassischerweise in den Ländern der Triade. Die Pole der Industrienationen - USA, Europa und Japan/Südostasien - binden den Großteil der Kapitalströme. „...Innerhalb der Industrieländer konzentrieren sich die Direktinvestitionen zu 90% auf die Triade aus Westeuropa, Nordamerika und Japan.“ [...] Weit über 80% der Direktinvestitionen gehören Unternehmen, Banken und Privatpersonen, die ihren Geschäfts- und Wohnsitz in den Ländern der G7-Gruppe [...] haben. [...] Auch bei den bundesdeutschen Direktinvestitionen stehen kumuliert die kapitalistischen Hauptländer mit 86% an erster Stelle. Die Länder des ehemaligen *Ostblocks* sind als Anlagezone für Kapital zunehmend interessant, doch liegt der jährliche Zugang noch deutlich unter 10% aller Investitionen im Ausland.“⁴ Die Investitionen in andere Länder konzentrieren sich ihrerseits wieder hauptsächlich auf Schwellenländer und die zukünftigen Großmärkte China und Indien. In diesen ist häufig zu beobachten, daß die Investitionen Inselcharakter besitzen und die Wirtschaft des Landes von ihnen nur in geringem Maß profitiert: „In Sao Paulo oder Singapore, in Delhi oder Mexiko entstehen Zonen der Produktion und Konsumtion – ein-

¹ izw-report 34, S.1

² Skarpelis-Sperk in Glunk 1998. S.161

³ ebd. S. 163

⁴ Bischoff 1996, S.3

gegliedert in das internationale Netz der Kapitalakkumulation -, die sich nur wenig von den Zentren Europas, Japans oder der Vereinigten Staaten unterscheiden. Aber der Großteil der Bevölkerung ist von diesem Prozeß ausgeschlossen. Ebenso wenig führt das zu einer eigenständigen Entwicklung dieser Länder.“⁵

Man kann feststellen, daß Direktinvestitionen Mittel sind, die die Gewinnmargen und die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit eines Unternehmens drastisch steigern kann. Der Umschwung von der Exportwirtschaft der Nachkriegszeit hin zu Direktinvestitionen mit ihrer Just-in-Time und Just-in-Place-Produktion stellt das Ergebnis einer verstärkten Kapitalakkumulation dar, welche die notwendigen kapitalintensiven Rahmenbedingungen der Direktinvestitionen erst bereitstellen kann – Transport, Logistik, Kommunikationsmittel, Produktionsmittel. Die Wurzeln dieses Prozesses sind in den mittlerweile weltweit weitestgehend akzeptierten kapitalistischen Marktmechanismen zu finden: ohne die heute – auch ohne MAI – weitgehend hergestellten Investitionssicherheit in nahezu allen potentiellen Standorten der Weltwirtschaft wäre er in dieser Dynamik nicht denkbar gewesen⁶. Die Welt hat sich den Bedürfnissen der Konzernen angepaßt.

1.2. Motive und Strategien

Die globale Produktion bringt für die Multis eine Reihe von Vorteilen. Modulare Produktion ermöglicht die Verlagerung jedes Produktionsprozesses zum Standort mit den günstigsten Bedingungen. Potentielle Risiken von Investitionen werden minimiert und in Zukunft mit weiterem Schutz der Investitionen (siehe MAI) weiter gegen Null reduziert. Kostenfaktoren wie Schichtzulagen können durch Verlagerung der einzelnen Produktions- und Verwaltungsprozesse rund um den Globus eingeschränkt werden – beispielhaft die nach Irland verlagerten Buchhaltungen vieler US-Konzerne oder die Abrechnungen der Air Suisse in Indien usw. Der Siemens-Geschäftsführer in Singapur geht davon aus, daß „...alles, was um 16 Uhr das Endfließband [in Singapur] verläßt, am nächsten Tag um 10 in unserem Distributionslager in Fürth liegt“⁷; weiterhin der VW-Konzern, der „der Sonne folgt“: „Wenn der Wolfsburger Ingenieur Feierabend macht, übernimmt sein Kollege von VW-Mexico oder VW do Brasil seine Arbeit. Danach wird der Konstruktionsauftrag via

⁵ Schmid 1998, S. 10f.

⁶ Hier sei auch an die Herstellung von Investitionssicherheit in den ehemaligen Ostblockstaaten durch die Hermes-Bürgschaften der Bundesrepublik erinnert.

Computernetz an ein Entwicklungszentrum nach Asien übertragen, von wo die Arbeit wiederum vor Arbeitsschluß an die Wolfsburger Entwicklungsabteilung weitergegeben wird.“⁸ – die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.⁹

Ebenso kommen die Konzerne in den unterschiedlichen Staaten an die Töpfe der jeweiligen Wirtschaftsförderungsprogramme. Wieder als Beispiel VW: der Konzern kassierte jährlich vom Land Sachsen Subventionen zwischen 780 und 540 Millionen Mark, zeitgleich wurde der spanische Seat- Ableger wiederum von der spanischen Regierung mit 500 Millionen gefördert.¹⁰

Die Ausweitung der Märkte wird befördert. VW dominiert beispielsweise mit einem Anteil von 50% den chinesischen Markt.¹¹ Viele Länder fordern noch einen lokalen Fertigungsanteil, wenn sie ihre Märkte für Produkte eines ausländischen Konzerns öffnen, mit der Auslagerung eines Teils der Produktion lassen sich diese Probleme umgehen.¹²

Letztenlich wird die mittelständige Konkurrenz eliminiert und eine weitere Konzentration des Kapitals betrieben, denn die immensen Kosten einer globalen Produktion können nur die „global Players“ aufbringen und so in den Genuß der damit verbundenen Vorteile kommen. Mittelständische Unternehmen, die den Konzernen nicht um die Welt nachfolgen können, werden vom Markt gedrängt oder aufgekauft.¹³ Abhängigkeiten können besser ausgenutzt werden: Beispiel dazu die umstrittene Politik Lopez‘ bei VW-Zulieferfirmen. Ebenso sehen Schrempp und Eaton natürlich bei den Zulieferbetrieben große Einsparpotentiale nach der Fusion: die tatsächliche Macht DaimlerChryslers über die Zulieferfirmen wird deutlich, wenn man bedenkt, daß bereits in den Achtzigern die damaligen Fusionen Daimlers mit MTU und (den inzwischen wieder abgestoßenen) Dornier und Fokker mit diesem Argument massiv kritisiert wurden.

Die noch nicht entwickelten Industrien der Drittwelt- und Schwellenländer können leicht in den eigenen Produktionsanlagenpark eingegliedert werden. Angesichts der durch globale Produktion optimierten Kosten sind dort ansässige Unternehmen im Normalfall

⁷ zit. nach König 1999, S. 121

⁸ zit. nach Schmid 1998, S. 10

⁹ ein kleines Detail: die Flugansagen des Berliner Flughafens werden aus Kostengründen ab 18 Uhr online von Kalifornien aus gesprochen. Beck 1997a, S.41

¹⁰ vgl. Liedtke 1998 S.570f.

¹¹ ebd.

¹² Schmid 1998 S. 11

¹³ Schmid S.11. Vgl. außerdem Königs Charakterisierung der ZF Friedrichshafen, welche bei Werksneugründungen ihrer Hauptabnehmer einfach ebenfalls Werke neu aufgebaut hat: für Daimler und VW in Tucsalosa, für Daewoo in Seoul, für Daimler ebenso in Brasilien, für BMW in South Carolina, für VW in China geplant für 2000 usw. König S. 61 ff, Liedtke S. 606 f.

nicht konkurrenzfähig zu den Multis und werden somit durch jene leicht aufkaufbar. Die Märkte der jetzt aufkommenden Großökonomien (Indien, China, Schwellenländer) werden so unter dem Großkapital der Länder der Triade aufgeteilt, welche auf diese Weise sowohl die notwendige Vergrößerung ihrer Märkte erzielen als auch ihre Rohstoffversorgung durch die dauerhaft in ihre Abhängigkeit gebrachten Entwicklungsländer sicherstellen können. Nebeneffekt ist eine gestiegene Unabhängigkeit der Konzerne von der Binnennachfrage in ihren Stammländern, welche in letzter Zeit oft als Argument für höhere Tarifabschlüsse in die Diskussion eingebracht wurde. Die Konzerne holen sich die Konkurrenz ihrer in der Triade ansässigen Arbeitnehmer so direkt ins Haus; eine Angleichung nach oben findet gewöhnlich jedoch nur im Management statt, während sich die Tarifabschlüsse in den Triadenländern an den Billiglohnländern zu orientieren haben. Hier ist jedoch viel Propaganda im Spiel, die tatsächlichen Möglichkeiten einer kostenneutralen Arbeitsauslagerung in Billiglohnländern sind weit geringer als von den Konzernen dargestellt. Dieser Punkt wird an anderer Stelle ausführlicher erörtert.

2. Verflechtungen und Kooperationen transnationaler Konzerne

2.1. Kooperationen/strategische Allianzen und Fusionen

Die häufigsten Gründe für Kooperationen der Großkonzerne – die ansonsten gerne das Bild vom mitten im härtesten Konkurrenzkampf stehenden Einzelkämpfers pflegen – liegen in der Unmöglichkeit, FuE bei kapitalintensiven Produkten (Pharma, Mikroelektronik u.ä.) alleine zu betreiben. Nur noch ein Riese wie Intel kann es sich beispielsweise erlauben, im Alleingang eine neue Prozessorgeneration zu entwickeln, Konkurrent AMD benötigte die Kooperation mit Digital, um seinen Athlon zu entwickeln. Während Intel im Zweifelsfall seine Chipsätze selbst herstellt, ist AMD ebenso auf die Kooperation mit Asus, AOpen, VIA, Ali usw. angewiesen – welche damit jedoch Gefahr laufen, auf dem Intel-Mainboardmarkt ins Hintertreffen zu geraten¹⁴. Siemens entwickelte die 64-Mbit-

¹⁴ c't 16/1999, S. 60ff. Intel ist bekannt dafür, bei zu engen Kooperationen der Mainboardhersteller mit Konkurrenzfirmen (IBM/National Semiconductors, AMD, Rise) Entwicklerinformationen über die eigene nächste Prozessorgeneration zurückzuhalten. Bei einem so schnellebigen Markt wie dem der PCs braucht man die Folgen für die Unternehmen nicht drastisch ausmalen, wenn man bedenkt, daß die Marktanteile der Intelchips sich im PC-Bereich noch immer um die 75% bewegen.

Chips mit IBM/Motorola zusammen¹⁵, für den 256-Mbit-Chip wird Toshiba noch hinzugezogen¹⁶. Ähnliche Konzentrationsprozesse sind auf dem Pharmamarkt zu beobachten, wo Hoechst Marion Roussell sich momentan auf das Life Sciences-Kerngeschäft zurückzieht und in diesem Rahmen einige der größten Aquisitionen der Pharmageschichte tätigte – zuletzt die Fusion mit Rhone-Poulenc zu Aventis¹⁷ mit der gleichzeitigen Abstoßung der Chemietochter Celanese; der Kauf von Boehringer Mannheim durch Roche (die verkaufende Familie Engelhorn zog sich mit 10,2 Mrd. Mark in die Karibik zurück); die skandalträchtigen Riesen Ciba-Geigy und Sandoz versuchen unter dem Namen Novartis einen von Chemieunfällen reingewaschenen gemeinsamen Neuanfang etc. In allen kapitalintensiven Forschungsfeldern läßt sich diese Konzentration beobachten. Siemens, Daimler und das Pharmatrio Hoechst/Bayer/BASF gaben 1991 mit 26 Mrd. Mark 32% der gesamtdeutschen FuE-Gelder aus. Der Ex-Siemens-Chef Kaske sagte dazu, die kritische Mindestgröße eines High-Tech-Konzerns liege bei 15% Weltmarktanteil – sprich, nur 6-7 Konzerne seien in Zukunft in der Lage, die notwendige Forschung für neue Produktreihen zu finanzieren¹⁸ - und das bei Produktlebensdauern von 1989 noch sechseinhalb Jahren¹⁹, Tendenz weiter fallend.

Fusionen werden meist als den Konzernzielen hoch zuträgliche Strategien dargestellt. Spricht auch die Realität bei einer Vielzahl von Fusionen eine andere Sprache, ist der Konzentrationsdrang des Kapitals diesbezüglich ungebrochen. Während bei Bankkonzernen oftmals der angestrebte Synergie- und Einsparungseffekt vor allem über den Wegfall von Filialen realisiert werden kann, sind gerade bei Industrieunternehmen die Folgen nicht in selbem Maß einseitig positiv. „Aus den Untersuchungen von Beratungsunternehmen und Wirtschaftswissenschaftlern kann man unschwer herauslesen, daß über die Hälfte der Zusammenschlüsse mehr Kapital verschlangen, als sie in der Folgezeit erwirtschaften konnten. Lediglich rund ein Viertel aller sogenannten *mergers & acquisitions* zog in den vergangenen Jahren auch steigende Umsätze, Gewinne und Unterehmenwerte nach sich. [...] die Übernahme der AEG durch Daimler-Benz ging beispielsweise ebenso daneben wie der Zusammenschluß von Philips und Grundig, der Vulkan-Konzern bezahlte seine Expansi-

¹⁵ Liedke s. 483

¹⁶ Schmid/Mayer: isw-report 17, S. 7

¹⁷ welche jetzt mit Abstand die höchsten FuE-Investitionen im Pharmabereich tätigt (1,9 Mrd Euro). [http://www.hoechst.com/special/0112_de/zus/info.html]

¹⁸ Schmid/Mayer isw-report 17, S.6

¹⁹ ebd. S.5

ons- und (betrügerische) Subventionspolitik sogar mit der Pleite.“²⁰ Der Trend geht zu Fusionen, welche vor allem nur das Kerngeschäft der beteiligten Konzerne betreffen. Die Motive liegen in den Folgen des bisher gepflegten Verdrängungswettkampfs - Beispiele: die Rohölpreise sinken ständig bei einem gleichzeitig gesättigten Markt; laut Chrysler-Chef Eaton existieren weltweit Überkapazitäten für 18 Millionen Autos. Der Spiegel warnt angesichts dessen nicht unbegründet vor den Folgen einer künftigen Rezession.²¹

Eine weitere Motivation für Kooperationen sind kräftig erhöhte Profite bei Preisabsprachen. Roche und BASF zahlten 1999 mit 500 bzw. 225 Mio.\$ die bisher höchsten Strafen an die amerikanische Kartellbehörde. Nach der Sprengung der Allianz fielen die Kilopreise für Vitamin C von 25 auf unter 10 Mark, geschätzter Gewinn Roches: zwischen 10 und 15 Milliarden Mark.²² Hoechst zahlte bei ähnlichen Absprachen über Sorbinsäure schon 36 Millionen, eine Bayer-Tochterfirma deren 50 (beide 1998). Die SGL Carbon wurde 1999 wegen Preisabsprachen auf dem Graphitelektrodenmarkt mit 135 Millionen abgestraft.²³ Im Rahmen des Legalen bleiben Kooperationen mit dem Ziel, die Kunden an ein weltabdeckendes Netz von Konzernleistungen zu binden: so geschehen bei der Luft hansa und ihrer „Star Alliance“, welche mit entsprechenden Vergünstigungen die Kunden nachhaltig an die Angebote der beteiligten Luftfahrtgesellschaften bindet.

2.2. Wechselseitige Beteiligungen

dienen vor allem zum Schutz vor feindlichen Übernahmen und der Verstärkung der Kooperation der Konzerne untereinander. Von vielen Seiten wird das undurchdringliche Dickicht der Verflechtungen deutscher Banken und Konzerne und die daraus resultierende Nichtaufkaufbarkeit der „Deutschland AG“ beklagt. Als Beispiel sollen die Verflechtungen Deutsche Bank/Dresdner Bank/Allianz/Münchener Rück und ihre „Stammkonzerne“ DaimlerChrysler, BASF, Mannesmann, Thyssen/Krupp, MAN etc. genannt werden. Infolge der engen Kapitalverflechtung ergibt sich meist auch eine Verflechtung auf höchster Füh-

²⁰ König S. 21f.

²¹ Der Spiegel 41/1998, nach König S. 25

²² Roche dazu: „Roche bedauert das Geschehene, gelten doch in allen Geschäftsbereichen weltweit hohe rechtliche und ethische Maßstäbe. Roche hat die unrechtmässigen Praktiken gestoppt. Die verantwortlichen Manager haben das Unternehmen verlassen. Mit einer Reihe von Massnahmen stellt Roche sicher, dass die bestehenden Antitrust-Gesetzgebungen konzernweit strikt eingehalten werden.“
[<http://www.roche.com/roche/news/mrel99/d990520a.htm>]

²³ Der Spiegel 32/1999, S.92f.

rungsebene, welche sich beispielhaft folgendermaßen darlegt: Henning Schulte-Noelling, Vorstand der Allianz (dem weltweit größten Versicherungskonzern mit einem Geschäftsvolumen von ca. 600 Mrd.²⁴) besitzt Aufsichtsratsmandate in:

- BASF (Allianz hält 12%)
- Dresdner Bank (Allianz hält 22%)
- Linde AG (Allianz hält 11%)
- MAN (Regina Verwaltungsges. mbH hält 25%, jeweils ein Viertel Allianz Holding, Allianz Leben, Commerzbank und Münchner Rück (an der die Allianz wiederum 25% hält)
- Mannesmann
- Metro AG
- Münchner Rück (s.o.)
- Siemens
- Thyssen (Allianz hält zusammen mit der Commerzbank 20%)
- VEBA (Allianz hält über die „Lambda Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH“ 7%)²⁵

Das Ergebnis ist eine deutsche Wirtschaftselite, welche den größten Teil der deutschen Wirtschaft kontrolliert. „In Deutschland kontrolliert heute eine Gruppe von 200 Personen über ein kompliziertes Netzwerk den größten Teil der deutschen Industrie einschließlich der Finanzwirtschaft.“²⁶ Demgegenüber steht eine immer noch hoch desintegrierte Arbeitnehmervertretung und die Politik, die der konzentrierten Interessensvertretung der Wirtschaftseliten meist wenig entgegensetzen haben.

3. Weltmarkt und der Mythos Globalisierung

Unter dieses Stichwort sollen weitere Motive und Interessen der Global Players subsummiert werden, die sich von den vorausgegangenen Fakten dadurch unterscheiden, daß ihnen nur mit Einschränkungen ein realer Hintergrund attestiert werden kann. Es wird gerade in der Standortdebatte seitens der Konzerne das Bild gepflegt, ein hochqualifizierter

²⁴ vgl. Liedtke S. 35

²⁵ Liedtke 1999. Schulte-Noelling ist kein Einzelfall, es genügt, die Namensregister Liedtkes durchzuforschen, um über nur wenige Umwege die untersuchten 100 größten deutschen Aktiengesellschaften miteinander zu vernetzen.

²⁶ Bruhn 1998, nach König 1999 S. 108

deutscher Techniker stehe in direkter Konkurrenz zu einem tschechischen Bandarbeiter oder einer ungelerten Hilfskraft in Malaysia. Ebenso kann man zwar davon ausgehen, daß eine Produktionsverlagerung in Marktnähe oder das „der Sonne folgen“ der Global Players definitiv positive Auswirkungen auf die Marktposition haben können, bei der Wahrnehmung der Drohung, Arbeitsplätze in Billiglohnländer zu verlegen, ist ein solcher positiver Effekt jedoch noch nicht erwiesen, geschweige denn die Umsetzbarkeit der Drohungen im propagierten Umfang. Qualifikationen der Mitarbeiter, Infrastruktur der Staaten und nicht zuletzt die Marktnähe der teuren Industrieländer – nach wie vor die Hauptabsatzmärkte – sind starke Gegenkräfte zu einer rücksichtslosen Auslagerungspolitik der Konzerne. Die Realität, in der die Investitionen der Industrieländer zu 80% in diesen bleiben, spricht dazu ebenfalls eine deutliche Sprache.

3.1. Die Entmachtung der Nationalstaaten

Seit dem Zusammenbruch der Ostblockstaaten lassen sich zwei Prozesse in der Welt feststellen: zum einen die zunehmende Konzentration von Kapital in weltweit agierenden Konzernen, welche die Wirtschaftsleistung der meisten Staaten übertreffen²⁷, und zum anderen der Zerfall von ehemals starken Staatsgebilden. Zygmund Baumann konstatiert das Aufkommen „schwacher Staaten“, welche einerseits auf ihre Anerkennung drängen, andererseits selbst danach streben, vom internationalen Kapital ausgebeutet zu werden: „‘Quasi-Staaten‘ lassen sich leicht auf die Rolle (nützlicher) Distriktpolizisten reduzieren, die das Minimum an Ordnung aufrechterhalten, das erforderlich ist, um die Geschäfte zu erledigen. Man muß nicht befürchten, daß sie die Freiheit der globalen Unternehmen aktiv bremsen.“²⁸ Diese Prozesse sind deutlich in den Transformationsländern der ehemaligen Sowjetunion zu beobachten: die neugewonnene staatliche Souveränität kann gar nicht schnell genug in die Hände der EU gelegt werden, das Bewußtsein, daß die jeweiligen Staaten für die EU vor allem als Markt oder Niedriglohnland interessant sind und ihre zumeist landwirtschaftlichen Exportgüter eigentlich niemanden interessieren, scheint

²⁷ Mitsubishi, Mitsui und Itochu liegen noch vor der Türkei, es folgen General Motors, Sumitomo und Marubeni, hinter Thailand, Dänemark und Hongkong folgen Exxon, Ford und DaimlerChrysler, die weitere Rangliste: Südafrika, Norwegen, Saudi-Arabien, Toyota, BP, Shell, Finnland. Eine Rangliste nach dem Börsenwert würde noch eindeutiger zugunsten der Großkonzerne ausfallen. König 1999, S. 124ff.

²⁸ Baumann 1997, in Beck 1997b, S. 322

sich nicht auf einer breiteren Ebene durchgesetzt zu haben.²⁹

Die stattfindende Entmachtung der Nationalstaaten gliedert sich dabei in zwei Prozesse – die tatsächliche Machtlosigkeit und der von den Konzernen induzierte Konkurrenzdruck um Standortvorteile zwischen den Staaten. Letzterer soll unter dem nächsten Punkt beleuchtet werden.

Eine tatsächliche Entmachtung der Staaten findet statt, wenn ihm zunehmend Regulierungsmittel für die Gestaltung des Welthandels und der Gesellschaft fehlen. Unter diesem Punkt können Steuerausfälle subsumiert werden, die nicht mehr der Schaffung des sozialen Ausgleichs zwischen Besitzenden und Verarmten dienen können, die der Bildungs- und Gesundheitspolitik fehlen etc. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: „Vor 50 Jahren brachte in den meisten Staaten der privatwirtschaftliche Sektor etwa die Hälfte der Einkommensteuer auf. Heute zahlt er im Durchschnitt weniger als zehn Prozent...“³⁰ „Die tausend größten Kapitalgesellschaften zahlen hierzulande lediglich 2,6% der Unternehmenssteuern. Die zahlreichen Klein- und Mittelbetriebe bringen dagegen an die achtzig Prozent auf...“³¹ Auf Kosten der Lohnsteuer sanken die veranlagten Einkommenssteuereinnahmen in Deutschland zwischen 1992 und 1997 von 42 auf unter fünf Milliarden.³² Weiterhin sind die Arbeitseinkommen mit einem Plus von 2% in den letzten 15 Jahren nahezu gleich geblieben. Die Einkommen aus Kapital stiegen währenddessen um 57%.³³ König führt auf Grundlage der Berechnungen Stefan Welzks sogar einen Anstieg der Kapitaleinkommen von inflationsbereinigt 107% gegenüber eines Anstiegs der Arbeitseinkommen von 1,7% an.³⁴ Alle diese Umverteilungen und Entziehungen aus der Mitverpflichtung, den Staat handlungsfähig zu halten, schmälern die Gestaltungsmöglichkeiten der Nationalstaaten zugunsten der Macht der Konzerne, welche sich mit gesponsorten Privatuniversitäten, Eliteschulen, betriebsinternen Alterssicherungsmodellen, Werksschutz usw. ihre eigenen staatenähnlichen Gebilde zimmern. Nebenher werden durch zunehmende Unsicherheit bezüglich der Leistungsfähigkeit der staatlichen Versicherungssysteme die Angst um den Arbeitsplatz geschürt, der Konkurrenzdruck unter den Arbeitern erhöht und

²⁹ Beispiel Lettland. Bei Gesprächen mit lettischen Jugendlichen wurde allzuerne die anstehende Konsolidierung des Arbeitsmarkts beschworen, wenn erst einmal die russischstämmige Bevölkerung außer Landes wäre und die landwirtschaftlichen Produkte Lettlands (v.a. Lederprodukte) gelobt. (Quelle: pers. Gespräche im Rahmen des Projekts Internationales Lernen, Herbst 1997)

³⁰ Saul 1998, in Glunk (Hrsg.) a.a.O. S. 198

³¹ König 1999 S. 131

³² ebd.

³³ Beck 1997a S. 253

³⁴ zwischen 1980 und 1997, Welzk 1998 nach König 1999

die Tarifabschlüsse gewöhnlich moderat gehalten.

Ein weiteres Indiz ist die zunehmende Handlungsunfähigkeit der Staaten, wenn es um politisch motivierte Handelsbeschränkungen geht. Boykotte kriegstreibender Nationen sind schwierig, wenn nicht unmöglich geworden, was die Beispiele von Waffen- und anderen Produktlieferungen in den Irak, nach Lybien und zuletzt nach Serbien gezeigt haben. Ebenso sind die direkten Einflußnahmen gerade auf europäische Wirtschaftspolitik seitens der Großkonzerne mittlererweile unübersehbar.

Diese Prozesse dürften sich in Zukunft eher noch verstärken. In den ehemaligen Ostblockstaaten ist ein immenser Aufkauf seitens der Konzerne der Triade im Gange, die Tatsache, daß dort nicht einmal ein bestehendes System ausgehöhlt werden muß, erleichtert die Übernahme der dortigen Machtstrukturen immens. In Drittweltländern ist mittlererweile klargestellt, daß der Zugang der Konzerne zu Märkten und Rohstoffen in Zukunft auch mit Waffengewalt erzwungen werden kann. Ebenso ist das Interesse der Multis an einer dauerhaften Niederhaltung und Ausbeutung von Drittweltländern deutlich artikuliert. Preisabsprachen unter Drittweltländern werden mittels der „gebündelten Nachfragemacht der Multis unterlaufen“, durch Verschuldung und daraus resultierendem Exportzwang haben die Drittweltländer keine Mittel mehr, sich der Integration in den Weltmarkt zu verschließen³⁵. Die angestrebte Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 0,8% des BSP der Industrieländer ist nicht zu erwarten, die Konsequenz ist eine fortdauernde Lähmung der ökonomischen Handlungs- und Steuerungsfähigkeit der Entwicklungsländer zugunsten der Gewinnspannen der multinationalen Konzerne und der kreditgebenden Banken.

3.2. Die Legitimation wirtschaftlicher Macht

Die Konzerne üben über verschiedene institutionalisierte und nichtinstitutionalisierte Mechanismen Macht auf die Nationalstaaten aus. König beschreibt ausführlich die Lobbyarbeit der Konzerne in Brüssel, die dort angesichts einer starken Konzentration von Macht auf dem Kommissariat und der weitestgehenden Einflußlosigkeit des demokratisch legitimierten Parlaments (welches bei den Bürgern der EU immer noch erschreckend unpopulär ist) sehr effektiv ist. Anstelle einer stärkeren Einbeziehung von durch Wahlen legitimierten Institutionen tritt die Kommission bislang sogar freiwillig Meinungsbildungs-

³⁵ isw-report 17, S. 16f

und Entscheidungsprozesse an Vertreter der Wirtschaft ab: „Die Lebens- und Arbeitsverhältnisse von mehr als 370 Millionen Menschen werden seitdem von Gesetzen (Richtlinien) geregelt, die häufig von der Europäischen Kommission verabschiedet wurden und weiterhin werden [...] Die Europäische Kommission [...] fungiert im Prinzip als verlängerter Arm der Wirtschaft. [...] Und die Lobbyisten verfolgen mit großem Interesse, daß sich die überlastete Kommission in zunehmendem Maße von „externen Stellen“ beraten läßt und Expertisen anfordert. Das sei ohnehin „unerlässlich für die Ausarbeitung gesunder und realistischer Politik“, tönt es wiederum aus der Kommission.“³⁶

Dazu: die Kommission besitzt das ausschließliche Initiativrecht, der Europäische Rat kann „...nur auf Vorschlag der Kommission Rechtsakte erlassen. Welche Verordnungen wie und in welchen Bereichen wann erlassen werden, liegt also völlig in der Hand der Kommission. Immerhin sind der Rat und das Europäische Parlament berechtigt, von der Kommission die Unterbreitung von Vorschlägen zu verlangen. Freilich kann der Rat in der Folge etwaige Änderungen eines Kommissionsvorschlags nur einstimmig beschließen, während die Kommission ihren Vorschlag jederzeit ändern oder zurückziehen kann. Zu guter Letzt obliegt ihr im Regelfall die Durchführung von Rechtsakten.“³⁷

Das europäische Problem besteht darin, daß es in erster Linie als eine Wirtschaftsunion geplant war und letztendlich auch exakt eine solche geworden ist. Demokratische Legitimierung der Wirtschaftspolitik der EU findet bislang praktisch nicht statt. Bourdieus Vorwurf an die Taktik Tietmeyer lautete: „Wir wollten eine politische Union und bauten als erstes eine Bank.“³⁸ Inzwischen wird Europa sozialdemokratisch regiert und der Kooperationswillen oder die Macht der europäischen Regierungen reicht offenbar immer noch nicht aus, um der geschlossenen Konzernfraktion, die um weitere Deregulierungen kämpft, die Stirn zu bieten. Hier stellt sich verschärft das Problem, daß der Versuch, die Allianz der Konzerne auf einer supranationalen Ebene erneut durch demokratisch legitimierte Kräfte zu kontrollieren, noch vor der Vollendung der übergeordneten demokratischen Organe offenbar zum Scheitern verurteilt ist.

Die Entrüstung über die Form und die Inhalte der Verhandlungen zum MAI zeigte deutlich, daß sich die angestrebten Bestimmungen nicht demokratisch legitimieren ließen.³⁹ Im Falle des MAI haben es nicht gewählte Vertreter der OECD-Staaten beinahe ge-

³⁶ König S. 206, 218f.

³⁷ König S. 214

³⁸ Protokoll der Diskussion Bourdieu-Beck-Fischer in Frankfurt 1997

³⁹ Der US-amerikanische Kongreß entzog Clinton nach Bekanntwerden des Entwurfs das Recht zum Fertig-

schafft, über Parlamente und Volkswillen hinweg das umfassendste Regelwerk der Geschichte zu entwerfen, welches die Autonomie von Nationalstaaten gegenüber den Konzernen weitgehend abschafft. Konzernmacht ist weder legitimiert noch repräsentiert sie das Interesse eines Großteils der Gesellschaft. Ihre Einflußmacht trotz dieser Defizite ist enorm.

3.3. „Race to the Bottom“

In den Industriestaaten ist inzwischen ein Prozeß der immer schneller fortschreitenden Deregulierung und Entlastung der Multis zu beobachten. Arbeitsbedingungen in verschiedenen Ländern werden gegeneinander ausgespielt, höhere Lohnforderungen unter Berufung auf Billiglohnländer abgeschmettert und in derselben Pressemitteilung der gestiegene Shareholder Value gelobt. Unter den Staaten wird ein Konkurrenzdruck geschürt, mit dessen Hilfe die staatliche Deregulierung gefördert und die Übernahme gesellschaftlicher Verpflichtungen wie Arbeitgeberbeiträge zu Versicherungsleistungen, Steuerzahlungen und Ausbildungsplätze zurückgefahren und parallel dazu das Maximum an Subventionen, Vergünstigungen, öffentlichen Aufträgen, Steuervorteilen und Zuschüssen zu FuE erzielt werden soll.

Alle diese Strategien basieren zum Teil auf wackligen Füßen. So sind die Kosten des deutschen Sozialstaats im europäischen Vergleich bestenfalls Mittelfeld,⁴⁰ ebensowenig wird berücksichtigt, wie weit die Vergünstigungen der deutschen Arbeitnehmer einen bedeutenden Teil zur hohen Produktivität deutscher Arbeit beigetragen haben.

3.3.1. Race to the Bottom bei den Arbeitnehmern

„Wir wollen weltweit die leistungsstärksten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen. Denn wir wissen, daß unser Unternehmenserfolg entscheidend von ihrem Engagement, ihrer Motivation und ihrem Können abhängt.[...] Durch gezielte Aus- und Weiterbildung wollen wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihre Talente fördern.

verhandeln des Vertrags. Kanadas Parlament erreichte laufende Unterrichtung über den aktuellen Verhandlungsstand (es ist erschreckend, daß sich ein Parlament die Einsichtsrechte in ein Vertragswerk, welches seine Rechte massiv beschneidet, erkämpfen muß), der Europäische Gerichtshof beschloß umfangreiche Änderungsempfehlungen usw. Sparkelis-Sperk in Glunk 1998, S. 169f.

Gleichzeitig sind sie in eigener Initiative zur ständigen Weiterbildung verpflichtet.

Wir wollen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Ziele vereinbaren, an denen sie gemessen werden. Einstufung und Bezahlung erfolgen aufgaben-, leistungs- und wettbewerbsbezogen. Sie sind daher keine festgeschriebenen Größen. Dabei muß allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bewußt sein, daß ihr Arbeitsplatz nur durch einen nachhaltigen Beitrag zum Unternehmenserfolg gesichert wird.“⁴¹

Diese Verlautbarungen des Bayer-Konzerns können stellvertretend für die Strategie sämtlicher Großkonzerne stehen, die Risiken nach unten und die Gewinne nach oben zu verteilen. Der Arbeitnehmer wird als Hauptverantwortlicher für Wohl und Wehe des Konzerns dargestellt, wenn auch die tatsächlichen Handlungsinstanzen inzwischen völlig woanders liegen. Das Risiko des Arbeitsplatzverlustes wird von den Arbeitnehmern übernommen, Gewinne aus Rationalisierungen, Fusionen und Ertragssteigerungen kommen gewöhnlich den Investoren zugute. Die Proteste 1997 angesichts des Versuchs Daimlers, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu kürzen und damit aus den geltenden Tarifverträgen auszubrechen, deuten darauf hin, daß für diese Prozesse immerhin eine beginnende Sensibilisierung stattfindet: am Beispiel wurde deutlich, daß nach milliardenschweren Managementfehlern (das Fokker-Desaster und die Verschlankung des Konzerns nach Reuters gescheiterten Versuchen, aus Daimler ein High-Tech/Dienstleistungskonglomerat zu machen) zuerst auf der Ebene der Belegschaft eingespart wurde⁴². Auf die Spitze getrieben werden diese Mechanismen bei Konzernen, welche die Gewinne vollständig von der Arbeit trennen: adidas geht von eigener Produktion zur einfachen Lizenzvergabe an Drittfirmen über, womit sich eine eigene Personalpolitik weitgehend erübrigt, die Standortfrage sich nicht mehr stellt und im Falle eines Standortwechsels nicht einmal die Produktionsstätte verlagert werden muß, sondern schlicht ein anderes Unternehmen beauftragt wird. Ebenso agiert der McDonaldskonzern, dessen Filialen im Normalfall einfache Lizenznehmer sind, welche vom Mutterkonzern einschlägige Paraphernalia und Infrastruktur (Vertrieb) gestellt bekommen, ansonsten aber selber für ihr Betriebsergebnis zuständig sind.

Das Ergebnis sind Arbeitsbedingungen, die angesichts der bisherigen Erfolge der betrieblichen Mitbestimmung und Organisation der Arbeitnehmer deutliche Demontagen darstellen. Die Organisation der Arbeitnehmer wird nicht nur angesichts der Drohungen der

⁴⁰ vgl. Schmidt 1998 S. 198, 215ff, v.a.238f.

⁴¹ Bayer AG, „Leitlinien für die strategische Ausrichtung des Konzerns.“ [http://www.bayer.de/bayer/ueberblick/grundsätze/leitlinien_strat.htm] publiziert 11/97

⁴² vgl. Schauer in Bourdieu et.al.1997, S. 55

Standortverlagerungen etc. zunehmend entmachtet und eingeschränkt, sondern schon an der Basis erschwert: die laufende „Flexibilisierung“ der Arbeit verhindert wirkungsvolle Identifizierung mit dem Arbeitsplatz, der aktuelle Boom von Zeitarbeitsfirmen tut ein Übriges. Die moderne „Patchworkbiographie“, in welcher ständige Orts-, Berufs- und Betriebswechsel die Regel werden, sabotiert nachhaltig eine wirksame Interessensvertretung an der Basis.⁴³ Der Ruf der Gewerkschaften und das Eintreten für besseren Arbeitnehmerschutz wird systematisch demontiert.⁴⁴ Erwähnenswert in diesem Kontext ist die einerseits hervorragende Organisation des internationalen Kapitals und ihre gestiegene Gestaltungsmacht, welcher eine immer mehr entsolidarisierte Arbeiterschaft gegenübersteht. Organisationen wie die ILO (International Labour Organisation) bekommen von Wirtschafts Gnadenden ein eingeschränktes Mitspracherecht, was die Gestaltung einer neuen Welthandelsordnung angeht - wohlweislich unter Ausklammerung praktikabler Sanktionierungsmaßnahmen und im Vertrauen auf die Regulierungskraft der Märkte: „The Declaration and its follow-up procedures will strengthen the capacity of the ILO to deal with member states that record persistent policy failures in the area of workers’ rights. *We believe that trade sanctions are neither an appropriate nor an effective means to improve labour standards. Indeed, ultimately, labour standards will be most rapidly and securely advanced by sound economic development based on all countries’ full participation in the multilateral trading system.*“⁴⁵ So ist mit einer weiteren Abnahme von Arbeitsschutz und Einfluß gewerkschaftlicher Organisationen nicht nur in den einzelnen Nationen, sondern auch in globalem Maßstab zu rechnen. Solange die Versuche, den Welthandel weiter zu liberalisieren und die Position der Konzerne auf Kosten der Nationalstaaten weiter zu stärken, in der momentanen Aggressivität weitergehen - es sei wieder auf die einklagbare Haftung der Nationen für verminderte Unternehmensgewinne bei neugeschaffenen ökologisch und sozial

⁴³ ein privates Beispiel am Rande: die Niederlassung der Post Reutlingen drosselte die Vertragsdauer von Beschäftigten in den letzten drei Jahren von im Schnitt zwischen vier und sechs Wochen auf den Standardvertrag über eine Woche, welcher je nach aktuellem Bedarf im Wochentakt verlängert oder ausgesetzt wird. Der Anteil an festen Arbeitsverhältnissen nahm zugunsten dieser urlaubs- und krankengeldfreien Beschäftigung kontinuierlich ab. Die Gewerkschaftsarbeit wurde angesichts des Schwunds an fest Angestellten massiv erschwert.

⁴⁴ in der momentan laufenden Untersuchung „Orientierungen jugendlicher ArbeitnehmerInnen und Auszubildender“ des Projekts Internationales Lernen ließ sich bei den die quantitative Datenerhebung begleitenden Gesprächen eine deutliche Unpopularität von Streiks und Arbeitnehmervertretungen feststellen: bevorzugt wurde ein „Miteinander“ von Belegschaft und Konzern, selbst bei eigenen schlechten Übernahmemechanismen, Arbeitsbedingungen etc. Das Bewußtsein, daß seitens der Konzerne die Solidarität mit den Beschäftigten bereits weitgehend aufgekündigt ist, setzt sich angesichts der momentanen Medienberichtserstattung nicht durch oder wird als unvermeidlich hingenommen.

⁴⁵ ICC 1999, S.7. Hervorhebung von mir.

motivierten Gesetze im MAI und dem Nachfolgeentwurf erinnert⁴⁶ - werden die Absichtserklärungen der Interessenvertretungen der Konzerne, für Arbeitsschutz und gegen Armutsbekämpfung einzutreten, Lippenbekenntnisse bleiben.

3.3.2. Race to the bottom bei nationalen Regulierungsmöglichkeiten

Diese Prozesse sind prinzipiell logische Konsequenz eines auf die Spitze getriebenen marktwirtschaftlichen Denkens. Ihr unmittelbar positiver Einfluß auf die Betriebsergebnisse dürfte unbestreitbar sein. Die Konsequenzen - Entsolidarisierung der Gesellschaft, Ausbeutung breiter Bevölkerungsschichten, ökologische und soziale Spätfolgen - befinden sich zumeist außerhalb der Konzernzuständigkeiten, welche sich ausdrücklich nicht als Verantwortliche für jene Prozesse definieren. Jürgen Sarrazin, der Sprecher des Vorstandes der Dresdner Bank AG auf der Hauptversammlung am 23. Mai 1997 in Frankfurt zum Erweiterungsantrag der Tagesordnung durch den Bund der Kritischen Aktionäre: "... Ein großer Teil der zusätzlichen Punkte zielt darauf ab, weltanschauliche und sozialpolitische Programmsätze in unsere Satzung aufzunehmen. Solche Thesen gehören jedoch nicht in die Satzung eines Wirtschaftsunternehmens. Sie würden sogar den erwerbswirtschaftlichen Charakter unserer Bank in Frage stellen. Den Interessen unserer Aktionäre, unserer Kunden wie auch der Mitarbeiter der Bank würde damit Schaden zugefügt...."⁴⁷

Das Problem dabei ist, daß der zuständige Staat zum einen über keine Mittel verfügt, nennenswerte Gegenmaßnahmen zu ergreifen, zum anderen steht eine Neufassung des MAI - diesmal unter Ägide der WTO statt der OECD - ins Haus, welche die Rechte der Nationalstaaten gegenüber den Konzernen weiter beschneiden dürfte. Dies alles natürlich im Namen der wirtschaftlichen Entwicklung des Planeten und nicht zuletzt der Verbesserung der Lage der Drittweltstaaten und der Arbeitnehmer: „World Business, as represented by ICC, firmly believes that an open multilateral system that facilitates flows of goods, ser-

⁴⁶ Vgl. die Versuche, das MAI auf der Ebene der WTO zu recyceln. Vgl. George, S.: „Das europäische Haus ohne Hüter.“ in *Le Monde diplomatique* Nr. 5881 vom 9.7.1999 Seite 10-11, nach [<http://www.taz.de/tpl/1999/07/09.nf/mondeText?Tname=a0012&idx=6>] Immerhin ist zu bemerken, daß die EU inzwischen Bestimmungen, die auch im allgemeinen Interesse liegen, versucht, in den Nachfolgeentwurf einzubringen, so Umwelt- und Verbraucherschutzmaßnahmen bis hin zu verbindlichen Kennzeichnungsrichtlinien im Interesse der Förderung bewußter Kaufentscheidungen. Der Verweis auf die Ziele der Rio-Konferenz fehlt jedoch immer noch; Transparenz wird einseitig von den Nationalstaaten eingefordert; die WTO als Hauptinstitution der Regulierung des Welthandels wird bestätigt, obwohl das Fehlen von China und Rußland als gewichtiges Defizit wahrgenommen wird usw. Quelle: EU-Kommission 1999 [<http://europa.eu.int/comm/dg01/newround/0807nrde.pdf>]

vices and investments across national borders is a major force for *raising living standards and creating jobs in all parts of the world*.⁴⁸ Die Forderungen nach Deregulierungen lassen in ihrem Ton keinen Zweifel mehr daran, wer bezüglich sinnvoller politischer Rahmenbedingungen für Handel und Arbeit etwas zu sagen hat: „Inevitably, extending the scope of market access will entail the development of further multilateral disciplines on national regulatory regimes [...] Multilateral rule-making has to adapt itself to the faster pace of change in a global marketplace in order to keep the rules aligned with rapidly-evolving business realities and requirements.“⁴⁹

Den umfassenden Deregulierungen auf der Ebene jener staatlichen Betätigungsfelder, welche den Konzernen Kosten auferlegen könnte, steht eine wachsende Inpflichtnahme des Staates auf den Feldern, die der Industrie zugutekommen, gegenüber. Die lautstarken, immer wiederkehrenden Forderungen nach einem Weniger an staatlicher Fürsorge für den einzelnen Bürger zugunsten eines Mehr an individueller Eigenverantwortlichkeit hindern die Interessensvertreter der Wirtschaft dabei nicht, im selben Atemzug vehement ein Mehr an staatlicher Unternehmensförderung in Gestalt von Subventionen und Verbesserung der wirtschaftlichen Infrastruktur einzufordern und so den Wettlauf der Nationalstaaten um die günstigsten „Standortbedingungen“ weiter zu beschleunigen. So sind die Staaten zuständig für das Bereitstellen von neuesten IuK-Technologien, Hochgeschwindigkeits-Glasfasernetzen zur weiteren Verlagerung der Arbeit in die Virtualität respektive in die angekoppelten Billiglohnländer, für das den Erfordernissen der Just-in-Time-Produktion mit minimierten Lagerkosten genügendem Straßennetz und natürlich für die Bezuschussung kapitalintensiver Forschung, Subventionierung der Neuschaffung von Produktionsanlagen und die politische Einflußnahme, falls andere Nationen aus der Logik der offenen Märkte, des freien Wettbewerbs und dem uneingeschränkten Zugang zu Ressourcen ausscheren wollen.

Zusammenfassend kann man attestieren, daß gewöhnliche ökonomische Strategien auf globaler Ebene reproduziert werden: Kosten und Risiken sollen minimiert, der zu erwartende Gewinn maximiert werden. Die von Beck beschworenen „Nebenfolgen der Nebenfolgen“ bleiben im Prozess der maximierten Delegation von Folgen und Risiken nach außen anderen Akteuren überlassen.

⁴⁷ zit. nach [<http://www.kritischeaktionaeere.de>]

⁴⁸ International Chamber of Commerce, treibende Kraft hinter der „Millennium-Runde“ der WTO zu Handels erleichterungen, geplant Ende 1999 in Seattle. ICC, 1999 S. 1. Hervorhebung von mir.

⁴⁹ ebd. S.2

4. Gegenstrategien

Das öffentliche Zweifeln an den Segnungen eines völlig liberalisierten Weltmarkts unter Ägide der Großkonzerne findet seit dem Zusammenbruch des Ostblocks prinzipiell nicht mehr statt. Daß eine Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse und der Entwicklungsländer mit anderen Mitteln als den favorisierten Liberalisierungen - und vielleicht sogar gerade nur mit anderen Mitteln - möglich oder erreichbar ist, steht offenbar nicht mehr zur Debatte: „We claim, and I have no doubt of the justice of the claim, that the members of the GATT, and now the WTO, have made a major contribution to the eradication of poverty through their work over the last fifty years in removing barriers to trade and establishing a legal basis for international trade relations. *In these terms the argument is really over.*“⁵⁰ Auf die Gefahr hin, die Zeichen der Zeit zu ignorieren, soll hier dennoch nochmals auf jenen überholten Diskurs eingegangen werden, der nicht vom Allheilmittel Liberalisierung ausgeht, sondern in dieser blasphemischerweise gar einen Teil des Problems sieht.

4.1. Seitens der Nationalstaaten

Für die einzelnen Nationalstaaten sind die Handlungsmöglichkeiten in der Beschäftigungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik aus oben genannten Gründen sukzessive gesunken. Angesichts der Befürchtungen, supranationale Gebilde wie die EU wären angesichts ihrer einseitig wirtschaftlichen Ausrichtung nicht in der Lage, verbindliche Richtlinien zugunsten eines Wiedererstarken des Staats gegenüber dem Kapital zu erlassen, vereinheitlichte Sozial- und Arbeitsschutzbestimmungen zu schaffen und die Position der Arbeitnehmer und Arbeitslosen zu stärken, sondern würden stattdessen eine Angleichungspolitik auf den kleinsten gemeinsamen Nenner betreiben, stellen viele gewerkschaftsnahe Theoretiker die einzig gangbare Alternative mit dem Rückzug zum Nationalstaat dar.⁵¹ Beck wirft dieser Denkrichtung „roten Protektionismus“ vor; dieser äußere sich darin, daß wider besseres Wissen davon ausgegangen wird, daß die Gesetzmäßigkeiten eines Sozialstaats, der vom

⁵⁰ D.Hartridge, Director in charge der WTO 1999. Hervorhebung von mir.

⁵¹ vgl. die Position Streecks in Deppe, F. „Die Linke und das Proekt eines europäischen Sozialstaats“ Bour-

Normalfall Vollerwerbstätigkeit ausgeht, im „Politikbiotop Nationalstaat“ immer noch Gültigkeit haben könnte.⁵²

Das Problem des Nationalstaats besteht jedoch darin, daß seine Kompetenzabgabe inzwischen schon von supranationalen Vertragswerken festgelegt ist, weiterhin festgelegt sein wird und das Verhindern von lokalen Gegenstrategien, basierend auf nationaler Gesetzgebung, von Drittparteien - Konzernen und Mitvertragsnationen - einklagbar geworden ist. Am Beispiel Europa wird das Dilemma folgendermaßen dargestellt: „Dadurch, daß die Kriterien von Maastricht wesentlich monetaristisch ausgeprägt sind, was zugleich auch eine restriktive Haushaltspolitik bedingt, verbleiben der Politik nur noch wenig Spielräume [...] Dem Vertrag von Maastricht unterliegen die wirtschaftlichen Vorstellungen des Neoliberalismus, wonach durch eine Politik der Deregulierung die Marktkräfte freigesetzt werden sollen [...] Dazu gehört ein weitestgehender Rückzug des Staates aus der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik ebenso wie die Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen für die privaten Unternehmen durch entsprechende Steuer- und Abgabensenkungen. Im Zentrum stehen natürlich die Löhne, von deren Reduzierung man sich eine Stärkung der Wettbewerbsposition im Rahmen der internationalen Kostenkonkurrenz verspricht.“⁵³ Hier agieren die Staaten als die bereits von Marx und Engels angeprangerten Interessensvertreter der Bourgeoisie.⁵⁴ Jedoch wird die Notwendigkeit deutlich, Gegenstrategien nicht mehr ausschließlich auf der Ebene der Nationalstaaten zu entwickeln, sondern in größerem Maßstab verbindliche Richtlinien auf der Ebene der supranationalen Institutionen zu entwickeln. Weite Teile der Linken richten ihre Hoffnungen diesbezüglich auf Europa, welches nach der Aufnahme der sozialdemokratisch regierten Länder Schweden, Finnland und Österreich und den Wahlsiegen der sozialdemokratischen Parteien in den Kernstaaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien diesbezüglich einen eindeutigen Wählerauftrag bekommen hat. Dennoch kann Streeck dahingehend (noch) rechtgegeben werden, daß sich die Vertretung von den Konzernen entgegengesetzten Interessen auf europäischer Ebene noch auf eine Politik des „leeren Stuhls“ beschränkt. Deppe faßt die - zu korrigierenden - Defizite Europas folgendermaßen zusammen: „Der Schwerpunkt der Sozialpolitik liegt nach wie vor auf der nationalen Ebene. Dem ‚Umbau‘ des Sozialstaats auf dieser Ebene entspricht keine - gleichsam kompensatorische - Rekonstruktion eines transnationa-

dieu et.al. 1997

⁵² Beck 1997a, S. 211

⁵³ Bierbaum in Bourdieu et.al. 1997, S. 91f.

⁵⁴ Marx/Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei.“ MEW Bd. 4, S. 465

len Sozialstaats auf der EU-Ebene. [...] Die Interessen sind so unterschiedlich, daß kein Mitgliedsland wirklich auf raschen sozialen Fortschritt drängt [...] Ein von allen akzeptiertes, allgemein gültiges Sozialmodell, an das sich die anderen Länder schrittweise annähern könnten, ist bislang nicht erkennbar [...] Die Entscheidungsregeln der Gemeinschaft begünstigen eher Reformgegner als Integrationsbefürworter. [...] Die finanziellen Ressourcen für eine EU-Sozialpolitik sind nicht vorhanden.“⁵⁵ Bierbaum nennt als Faktoren, die einen gelinden Optimismus angebracht scheinen lassen, Großbritanniens Unterzeichnen des Maastrichter Sozialprotokolls, Jospins Beharren auf der Beschäftigungsfrage als vordringliche Aufgabe der Europapolitik und des gestiegenen Gewichts der Problematik einerseits der Massenarbeitslosigkeit und andererseits der politischen Integration Europas: „...auf der anderen Seite hat jedoch insgesamt die Politik wieder stärker Einzug gehalten, und die Europäische Union scheint wieder stärker politisch steuerbar, nachdem zuvor unter dem Gewicht der Maastricht-Kriterien jede Form von alternativer politischer Gestaltung schon nahezu undenkbar erschien.“⁵⁶ Bourdieu selbst fordert nun Maßnahmen gegen Korruption und Steuerhinterziehung, gegen Sozialdumping und eine einheitliche Investitionspolitik der EU im Gegensatz zu rein spekulativen Interessen der Anleger, desweiteren eine Harmonisierung von Sozial- und Umweltrichtlinien, die mit derselben Vehemenz wie bislang ausschließlich die ökonomische Konvergenz betrieben werden.⁵⁷

Auf globaler Basis sind diese Strategien noch schwieriger realisierbar als in dem weitaus homogenen Gebilde EU. Beck fordert den Schulterschuß der Länder der Triade, die ohnehin die Prozesse in den globalen Regimes WTO, OECD, IWF etc. dominieren. „Diese müßten sich so absprechen und vernetzen, daß sie (a) transnationale Unternehmen in ihre Schranken weisen, also nicht mehr länger von diesen gegeneinander ausgespielt werden können; (b) ihren staatlich-politischen Macht- und Gestaltungsanspruch erneuern können.“⁵⁸ Auf der niedrigeren europäischen Integrationsebene sieht er ebenfalls neue Steuerungsmöglichkeiten der Nationalstaaten, welche jene durch verbindliche Absprachen wieder herstellen könnten.

⁵⁵ Deppe in Bourdieu et.al. 1997, S. 69f.

⁵⁶ Bierbaum a.a.O. S. 89f.

⁵⁷ Bourdieu 1998, S. 74f.

⁵⁸ Beck 1997a S. 220

4.2. Seitens NGO's / seitens der „Basis“

Das Handlungspotential globaler Akteure, die Folgen eines weitgehend liberalisierten Weltmarkts einzudämmen und - gegen die Interessen des Finanzkapitals - die Interessen der dadurch benachteiligten Gruppen zu vertreten, sind erschreckend gering. Solange das Bewußtsein gepflegt wird, daß ein Arbeitnehmer in einem Entwicklungsland dem Arbeitnehmer in einem Industriestaat mit den fünfzehn Mark, die er am Tag verlangt, Konkurrenz macht, wird sich am niedrigen Level der internationalen Solidarität wenig ändern. Auch hier sind in erster Linie die Länder der G7 gefragt, von deren Solidarisierung sich Bourdieu noch am ehesten eine Kontrolle über die entfesselte Macht des Finanzkapitals erhofft. Jedoch sind hier die tatsächlich erfolgten erfolgreichen Aktivitäten dünn gesät: Häufig wird der Shell-Boycott als Beispiel erwähnt, im Großen und Ganzen betrachtet werden den Interessen des Kapitals jedoch noch keine nennenswerten Instrumente gegenübergestellt. Eine wirkungsvolle Intervention benötigt immer eine breite Solidarisierung der Verbraucher, ein politisches Bewußtsein, welches alle sanktionswürdigen Akteure erfaßt, kann nicht einmal im zugegebenermaßen ansonsten handlungsentlasteten sozialwissenschaftlichen Umfeld gewährleistet werden; es ist vermessen, dieses von der breiten Masse der Werktätigen und der Verbraucher zu verlangen.

Man tut der Reihe von humanitären Organisationen, den Arbeitnehmervertretungen, den verschiedenen Abteilungen der UN, welche an der Besserstellung von Entwicklungsländern arbeiten usw. unrecht, wenn man attestiert, daß ihre Arbeit an den Gründen der von ihnen bekämpften Phänomene wenig ändert. Es ist erstaunlich, wieviel Interesse eine global organisierte NGO wie beispielsweise Greenpeace mobilisieren kann. Nichtsdestoweniger zeigt die aktuelle Lage deutlich, daß Umweltschutz wieder da aufhört, wo der Geldbeutel anfängt, die dringend notwendige Fortsetzung der ökologischen Sensibilisierung der Bevölkerung scheint sich zu verlangsamen, wenn sie nicht gar rückläufig wird. Phänomene wie das hierzulande neu aufkeimende „bürgerschaftliche Engagement“ zielen häufig nicht mehr auf Systemveränderung, sondern auf die Schaffung eines weitgehend autonomen Gegenentwurfs, welcher nach Möglichkeit isoliert von den Realitäten der makrosoziologischen Ebene existiert. Die aktuelle Kommunitarismusbegeisterung in den USA kann man dagegen mit nur wenig bösem Willen als Reaktion der Bürger auf den Rückzug des Staates

aus klassischerweise in seiner Zuständigkeit liegenden Bereichen werten. Ebenso werden die Gegenbewegungen von der Basis her ausgetrocknet: Gewerkschaftliche Jugendarbeit lohnt sich bei rückgängigem Organisationsgrad in immer weniger Betrieben, die Protestbewegungen der letzten Jahre scheinen sich ob des ausbleibenden Erfolgs wieder zurückzuziehen. Gerade in Deutschland hat sich nach der Wahl und dem nicht erfolgten Politikwechsel Ernüchterung breitgemacht. An dieser Stelle darf natürlich die „Bildungsrevolte“ 98 nicht fehlen: wer erinnert sich noch an die Ziele? Immerhin, Kohl ist weg. Womit man zusammenfassend attestieren kann, daß eine „Basis“ einen langen Atem braucht.

5. Schlußbetrachtung

Die Strategien multinationaler Konzerne sind auf den einfachen Nenner ‚Gewinnmaximierung bei weitgehend externalisierten Kosten und Risiken‘ reduzierbar. Die Macht einzelner Staaten, dem entgegenzuwirken, wird systematisch eingeschränkt. Ebenso wenig sind tiefgreifende Bewußtseinsänderungen an der Basis zu erwarten. Handlungsmöglichkeiten eröffnen sich vor allem auf supranationaler Ebene, wo möglicherweise durch die engere Zusammenarbeit der Länder der EU wieder ein Stück Gestaltungsmacht für die Politik zurückgewonnen werden könnte. Ebenso können vielen „Graswurzelstrukturen“, wenn nicht gerade Veränderungspotential in größerem Maßstab, aber dennoch das Wachhalten politischer Sensibilisierung zugeschrieben werden.

Interessen der Globalisierungsverlierer werden aller Wahrscheinlichkeit gegen den Widerstand der Konzerne durchgesetzt werden müssen. Eine Kooperation ist in der Vergangenheit regelmäßig gescheitert oder wurde zu Bereicherungszwecken mißbraucht, in Zukunft dürfte es nicht anders sein. Nichtsdestoweniger sollte eine Gegenbewegung auf allen möglichen Ebenen tätig werden: mit der Schaffung eines europäischen Entwurfs zur Stärkung der Richtlinienmacht der Staaten, einer Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit der Staaten oder der supranationalen Organisationen und der Einsatz derselben, um die fortgesetzte Umverteilung von unten nach oben zu bremsen. Dem stehen Anreize an die Wirtschaft, diese Prozesse mitzubefördern, nicht entgegen: es ist nicht nachvollziehbar, wie Zukunftsmärkte wie Recycling, regenerative Energien, Schadstoffvermeidung etc. den Konzernen geradezu aufgedrängt werden müssen. Ebenso gilt es, wieder ein Bewußtsein für die potentiell besseren Leistungen motivierter, abgesicherter Arbeitnehmer zu schaffen,

um wieder einen Gegensatz zu Dormanns Korrektur des Begriffs der Hoechst-Familie - „Ich bevorzuge den Begriff Mitarbeiter“ - zu schaffen. Um ein Bonmot von Paul Watzlawick leicht abzuändern: es geht nicht nur darum, daß die Konzerne etwas anders machen. Sie sollen es *gerne* anders machen.

6. Quellen und Literatur:

- Bayer AG, „Leitlinien für die strategische Ausrichtung des Konzerns.“
[http://www.bayer.de/bayer/ueberblick/grundsaeetze/leitlinien_strat.htm] publiziert 11/97
- Beck, U.: „Was ist Globalisierung?“ Ffm 1997(a)
- Baumann, Z.: „Schwache Staaten. Globalisierung und die Spaltung der Weltgesellschaft.“ in Beck, U. (Hrsg.): „Kinder der Freiheit.“ Ffm 1997(b)
- Bischoff, J.: „Globalisierung. Zur Analyse des Strukturwandels in der Öffentlichkeit.“ In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1/1996
- Bourdieu, P. et.al.: „Perspektiven des Protests. Initiativen für einen europäischen Wohlfahrtsstaat.“ Hamburg 1997
- Bourdieu, P.: „Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion.“ Konstanz 1998
- Berichte aus den besuchten Hauptversammlungen 1997 des Bunds der Kritischen AktionärInnen Deutschland, [<http://www.kritischeaktionaeere.de>]
- Europäische Kommission: „Entwurf einer Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament. Das Konzept der EU für die WTO-Jahrtausendrunde.“ Stand 7/99. EU-Kommission 1999
[<http://europa.eu.int/comm/dg01/newround/0807nrde.pdf>]
- George, S.: „Das europäische Haus ohne Hüter.“ in Le Monde diplomatique Nr. 5881 vom 9.7.1999 Seite 10-11, nach
[<http://www.taz.de/tpl/1999/07/09.nf/mondeText?Tname=a0012&idx=6>]
- Glunk, F.R. (Hrsg.): Das MAI und die Herrschaft der Konzerne. Die Veränderung der Welt durch das Multilaterale Abkommen für Investitionen.“ München 1998
- Hartridge, D. Rede vor der WTO in Genf, 5.7.1999
[<http://www.wto.org/wto/speeches/ecosoc2.htm>]
- Hoechst AG (Aventis), „Der Zusammenschluß. Hintergrund“ Hoechst 1999, unter [http://www.hoechst.com/special/0112_de/zus/info.html]
- Internationale Handelskammer (ICC), "Business and the global economy. ICC statement on behalf of world business to the Heads of State and Government at-

tending the Cologne Summit, 18-20 June 1999"

[http://www.iccwbo.org/Business_World/1999/G7_statement.htm].

- König, J.G.: „Alle Macht den Konzernen. Das neue Europa im Griff der Lobbyisten.“ Reinbek 1999
- Liedtke, R.: „Wem gehört die Republik? Die Konzerne und ihre Verflechtungen.“ Ffm 1998
- Marx, K./Engels, F.: „Manifest der Kommunistischen Partei.“ Marx-Engels-Werke Bd. 4, Berlin (Ost) 1974
- Mayer, L./Schmid, F. (Hrsg.): isw-report 34, München 1998
- Mayer, L./Schmid, F. (Hrsg.) isw-report 17, München 1994
- Schmidt, M.G.: „Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich.“ Opladen 1998
- Watzlawick, Paul: „Anleitung zum Unglücklichsein.“ München 1988